

China: Seit Xi Jinping die Macht in Peking an sich gezogen hat, wird das kommunistische Land zum totalen Überwachungsstaat

Bärte, Schleier, Kreuze – alles muss verschwinden



Muslimische Männer der Uiguren kommen aus der Id Kah Moschee in Kashgar nach dem Freitagsgebet. Seit jeher wird die religiöse Minderheit vom kommunistischen Regime drangsaliert. BILD: DPA

Ob Religionen, Minderheiten oder Menschenrechtler – in China gerät die Zivilgesellschaft immer stärker unter Druck.

Von Stefanie Ball

Es sei schon winterlich kalt in Peking, schreibt der Informant, der seinen Namen nicht nennen kann. „Das gilt auch für die generelle Situation.“ Seit „China Cables“, ein Zusammenschluss von Journalisten, interne Dokumente der Kommunistischen Partei veröffentlicht hat, die ein verstörendes Bild von der Unterdrückung der muslimischen Minderheit der Uiguren zeichnen, ist die Weltgemeinschaft in Aufruhr. Galt nicht bisher die Losung, durch Handel und kulturelle Annäherung mit China auch einen politischen und gesellschaftlichen Wandel des kommunistischen Landes zu erreichen?

„Wir haben uns verzockt“, sagt Armin Reinartz, der das Büro der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Hongkong leitet. „Wir“, das sind die Unternehmen, die seit vielen Jahren gute Geschäfte mit China machen, aber auch die Politik, die sich angesichts der Berichte über eine Million Menschen in Internierungslagern nun „besorgt“ zeigt.

Gewaltexzess mit Toten

Dabei drangsaliert Peking die muslimische Minderheit seit jeher. Schauplatz der Auseinandersetzungen ist die – eigentlich autonome – Provinz Xinjiang im äußersten Nordwesten Chinas. Insgesamt leben in China rund zehn Millionen Uiguren, die meisten in Xinjiang, dort stellt das Turkvolk fast die Hälfte der Bevölkerung.

Als Rechtfertigung für das rigide Vorgehen führt das kommunistische Regime den Kampf gegen den Extremismus an. Tatsächlich spielt aber auch eine Rolle, dass

Xinjiang im Westen eine Grenze mit acht Ländern bildet, darunter Russland und Indien, und hier die alte Seidenstraße verläuft, die Peking mit seiner Belt and Road-Initiative wiederbeleben will. Die Provinz ist also von großer geostrategischer Bedeutung; hinzu kommt, dass Gas- und Ölreserven dort lagern. Autonomiebestrebungen und Unruhen – vor zehn Jahren gab es bei einem Gewaltausbruch in der Provinzhauptstadt Urumqi rund 200 Tote – will das Regime unbedingt unterbinden.

Zuletzt wurden die Maßnahmen immer drastischer: Bärte, Schleier, religiöse Hochzeits- und Beerdigungszeremonien, muslimische Vornamen, Bücher und Lehrmaterial in uigurischer Sprache – alles wurde verboten. Studenten wurden aus dem Ausland zurückbeordert, die Pässe aller Uiguren wurden eingezogen, wer das Land verlassen will, muss einen Antrag erstellen.

Erste Meldungen zu Umerziehungslagern gab es 2017. Anfangs hat Peking ihre Existenz bestritten; erst vor Kurzem hat es eingeräumt, dass es sie gibt, gleichzeitig aber erklärt, die Menschen hielten sich dort freiwillig zu „Bildungszwecken“ auf. Wie die jetzt veröffentlichten Dokumente belegen, werden mindestens eine Million Uiguren in den Internierungslagern festgehalten. Laut Radio Free Asia soll es 1400 solcher Lager geben, und die Menschen müssten teils Zwangsarbeit verrichten.

Die Härte des Regimes trifft jedoch nicht nur die Muslime. „Keiner ist frei in China, alle leiden unter dem autoritären Regime“, sagt Reinartz. Seit Xi Jinping als Staats- und Parteichef in Peking an der Macht ist, gehören die Zeiten vorsichtiger Reformen der Vergangenheit an. Xi führt

das Land mit eiserner Hand, von westlichen Werten hält er nur wenig.

Vor allem die Spielräume für die Zivilgesellschaft haben sich immer weiter verengt. Menschenrechtsanwälte, Bürgerrechtler, Nicht-Regierungsorganisationen und Religionsgemeinschaften sind zuletzt stark unter Druck geraten. Zwar sind Religionen wie das Christentum oder der Islam in China explizit erlaubt, das gilt aber nur für die offizielle Staatskirche, die der Religionsbehörde und damit der Kommunistischen Partei unterstellt ist. Daneben existiert die sogenannte Untergrundkirche, in der sich Gläubige versammeln, die sich nicht dem Religionsdiktat aus Peking unterordnen wollten.

Diktat der Nulltoleranz

In China wurde früher viel in der Grauzone operiert, wirklich erlaubt war es nicht, aber verboten hat es de facto auch niemand. Damit konnten alle gut leben: Die Religionsbehörden etwa trafen sich mit den katholischen oder protestantischen Untergrundpriestern zum Tee und versuchten, sie zu überzeugen, sich doch der offiziellen Kirche anzuschließen. Die Priester lehnten freundlich ab – und jeder ging seiner Wege. Inzwischen gilt immer öfter das Diktat der Nulltoleranz. „Kontrollen und Einschränkungen haben stetig zugenommen, besonders in den letzten zwei Jahren“, sagt Katharina Wenzel-Teuber vom China-Zentrum in Bonn. Es werde auf „Gesetz“ gepocht, sagt auch der Informant aus Peking.

So werden Kirchen abgerissen, weil das Kreuz von der nahegelegenen Autobahn aus „zu sichtbar“ sei und die vorbeifahrenden Autofahrer von den christlichen Sym-

bolen und dem Gebäude abgelenkt werden könnten. Priester verschwinden und tauchen erst Wochen später wieder auf, Kinder und Jugendliche werden an der Teilnahme am Gottesdienst gehindert, Überwachungskameras, teils mit Gesichtserkennung, an den Kirchen angebracht, die Religionsbehörden dazu angehalten, in permanenter „Arbeit“, die Gläubigen „anzuleiten“ und zu „überprüfen“.

Beobachter warnen seit Langem vor dem chinesischen Überwachungsstaat, von dem Xinjiang nur ein brutaler Auswuchs ist. Seit ein paar Jahren wird in Pilotprojekten die Einführung eines persönlichen Bonitätsprogramms erprobt, das je nach Wohl- oder Fehlverhalten Punkte verteilt. Wer bei Rot über die Straße läuft, seine Studiengebühren nicht bezahlt oder seine Eltern nicht regelmäßig besucht, wird mit Punktabzügen bestraft. Bei einem niedrigen Kontostand gibt es keine Flüge, keine Tickets für den Hochgeschwindigkeitszug, keine Privatschulen für die Kinder. Die notwendigen Daten zur Berechnung der Punkte liefern Strafregister, Meldedaten, Kreditbewertungen, digitale Quellen, die Unternehmen sowie Millionen von Kameras an und in Gebäuden, die jeden Schritt der Bürger beobachten. Offizielle chinesische Medien verweisen auf das Ziel, durch das gesellschaftliche Bonitätssystem eine „Kultur der Integrität“ zu schaffen, das System solle „zum Besseren“ verändert werden.

Insgesamt gleiche China immer mehr einem kommunistischen Land, schreibt der Informant. „Das war es eigentlich immer, aber man hat es manchmal nicht so gefühlt.“

INTERVIEW

„Es passiert am helllichten Tag“

Von Stefanie Ball

Grünen-Politiker Reinhard Bütikofer, 1953 in Mannheim geboren, ist seit 2009 Mitglied im Europaparlament; im September wurde er zum neuen Vorsitzenden der China-Delegation des EU-Parlaments gewählt.

Herr Bütikofer, die Dokumente, die „China Cables“, ein Zusammenschluss von Journalisten, jetzt veröffentlicht hat, stammen aus dem Inneren der Kommunistischen Partei. Warum geraten solche geheimen Papiere in den Westen, warum jetzt?

Reinhard Bütikofer: Die erstaunliche Tatsache, dass diese Dokumente an die Öffentlichkeit gelangt sind, die erstmals schwarz auf weiß belegen, was schon vorher Kritiker thematisiert hatten, weist hin auf Widerstand innerhalb der Partei und des Staatsapparates gegen die brutale Politik gegenüber Muslimen. Das totalitäre Vorgehen von Xi Jinping stellt einen Bruch mit der Politik der Öffnung und Reformen seiner Vorgänger dar. Das geht sicher vielen Menschen in China gegen den Strich. In den Dokumenten wird ja berichtet, wie chinesische Beamte dafür bestraft wurden, dass sie dieses rücksichtslose Vorgehen gegen Muslime verweigerten.

Das heißt, die Menschen tragen die Politik des Regimes nicht mehr mit?

Bütikofer: Es ist hochgefährlich, sich öffentlich gegen den Kurs aus Peking zu stellen. Aber in den 40 Jahren der Öffnung, die Deng Xiaoping 1978 eingeleitet hatte, hatten sich viele Menschen daran gewöhnt, dass der Staat nicht mehr in jeden privaten Raum eindringt. Es gab eine Aufgabenteilung zwischen Partei und Staatsapparat, es gab Spielräume, Grauzonen, in denen zivilgesellschaftliches Engagement stattfinden konnte. Das wird jetzt alles rabiat beseitigt, unter der Ägide von Xi Jinping findet eine schlimme Rolle rückwärts statt. Der Polizeistaat, der in Xinjiang aufgebaut wurde, ist beschämend für die alte Kulturnation China. Offenbar gibt es chinesische Patrioten, die das auch so empfinden.

Unternehmen, auch deutsche, sind in der Provinz aktiv. Machen die sich mitschuldig an dem, was dort passiert?

Bütikofer: Der Vorstandsvorsitzende von VW hat in einem Interview mit der BBC vor laufender Kamera auf die Frage, wie er die Situation in Xinjiang beurteile, erklärt, er wisse darüber nichts. Das ist Zynismus, der sich als Dummheit tarnt. Es ist nicht vorstellbar, dass sich die Firmen nicht ihres Umfelds bewusst sind. Das passiert doch alles am helllichten Tag. Unternehmen können sich nicht herausreden, sie seien nur für die Wirtschaft zuständig. Unsere Werte gelten für sie global. Gibt es für muslimische Mitarbeiter Gebetsräume? Stellen sie sicher, dass ihre Zulieferer nicht von Zwangsarbeit profitieren, die in den Lagern geleistet wird? Entweder sorgen die Unternehmen dafür, dass es klare Grenzen gibt und sie sich mit dem totalitären Regime nicht gemein machen, oder sie müssen rausgehen.

Reinhard Bütikofer

■ Reinhard Bütikofer wurde 1953 in Mannheim geboren, in Speyer wuchs er auf.

■ Seit 2009 ist der dreifache Vater Abgeordneter der Grünen/EFA-Fraktion im EU-Parlament. BILD: DPA



Wirtschaft: Firmen wie BASF, Siemens oder VW haben Standorte in der uigurischen Autonomieregion Xinjiang – oft zusammen mit chinesischen Partnerfirmen

Unternehmen halten am China-Geschäft fest

Von Tatjana Junker

Mannheim/Ludwigshafen. Es ist die größte Investition in der Geschichte der BASF: der neue Produktionsstandort, den der Chemiekonzern aus Ludwigshafen gerade in der südchinesischen Provinz Guangdong errichtet. „Wir freuen uns, dass unser Groß-Projekt in China vorangeht“, sagte Konzernchef Martin Brudermüller erst vor wenigen Tagen zum offiziellen Start.

Für die Ludwigshafener ist China ein wichtiger Markt. Im Jahr 2018 erwirtschaftete BASF 11,6 Prozent des Gesamtumsatzes in China, Taiwan und Hongkong. Auch in der Autonomen Region Xinjiang, in der die

meisten Uiguren leben, betreibt BASF gemeinsam mit einem chinesischen Partner zwei Werke, in denen insgesamt 120 Beschäftigte arbeiten.

Bezug auf Verhaltenskodex

Auf die Frage, wie das Unternehmen sicherstellt, dass dort auch vom chinesischen Partner keine Zwangsarbeiter beschäftigt werden, teilt BASF mit: „Wir schließen aus, dass Mitarbeiter unter Zwang für uns arbeiten.“ Für beide Standorte habe man vertraglich vereinbart, dass der BASF-Verhaltenskodex eingehalten werde, der Zwangsarbeit verbiete. Darüber hinaus schreibt das Unternehmen: „Wir können für unseren

Partner, mit dem wir vertrauensvoll zusammenarbeiten, keine Aussage treffen. Obwohl sich beide Parteien auf den BASF-Verhaltenskodex für die beiden Gemeinschaftsunternehmen verständigt haben, haben wir keinen vollständigen Einblick in andere Aktivitäten des Partners, insbesondere wenn sie nicht im Zusammenhang mit unserer Zusammenarbeit stehen.“

Zu der Frage, wie BASF ausschliesse, dass in der lokalen Lieferkette und bei Subunternehmen Menschenrechtsverletzungen stattfinden, heißt es: „Wir erwarten von all unseren Partnern, dass sie die international geltenden Menschenrechte einhalten und dies auch für ihre

nachfolgenden Partner entlang der Wertschöpfungskette sicherstellen.“ Wann immer man von Menschenrechtsverletzungen erfahre, fordere man die Partner auf, diese „umgehend zu beenden“.

Siemens lässt Konsequenzen offen

Auch der Technologiekonzern Siemens ist mit einer Niederlassung in Xinjiang vertreten. Für Aufsehen hatte in den letzten Tagen die Zusammenarbeit des Unternehmens mit dem chinesischen Konzern CETC gesorgt. Dieser soll Berichten zufolge eine Überwachungsplattform mit entwickelt haben, auf der chinesische Behörden systematisch Daten von Uiguren sammeln.

Der Konzern teilt zu der Kooperation mit, dass Siemens-Produkte in Fertigungsanlagen von CETC zum Einsatz kämen. In Endprodukten von CETC seien hingegen keine Siemens-Komponenten enthalten. Die Frage, welche Konsequenzen Siemens aus den bekannt gewordenen Vorwürfen gegen CETC zieht und ob es an der Zusammenarbeit festhält, lässt das Unternehmen unbeantwortet.

Für Unternehmen aus der Region ist China insgesamt ein wichtiger Markt. Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar gingen in den ersten neun Monaten 2019 Exporte im Wert von rund 12,5 Milliarden Euro von Baden-

Württemberg nach China. Das seien etwa acht Prozent der gesamten Ausfuhren aus dem Südwesten gewesen. Mehrere Unternehmen aus der Region, wie Fuchs Petrolub, Heidelberger Druckmaschinen oder HeidelbergCement, sind mit eigenen Standorten oder Joint Ventures in China vertreten, allerdings nicht in Xinjiang.

Der Baustoffhersteller HeidelbergCement ließ die Frage, ob er angesichts der Menschenrechtslage in China sein Geschäft und künftige Investitionen in der Volksrepublik überdenke, unbeantwortet. Auch von Heidelberger Druckmaschinen gab es dazu auf Anfrage keine Auskunft.